

# Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Herausgebers	7
Vorwort	9
Inhalt	11
Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	30
Einführung	37
§ 1: Hintergrund	37
§ 2: Zielsetzung	38
§ 3: Gang der Untersuchung	39
Erster Teil: Ausgangssituation	41
§ 1: Herausforderungen an die Rechnungslegung	41
A. Die Herausforderung fehlender Finanzkraft	41
B. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	45
C. Die Herausforderung der Internationalisierung der Rechnungslegung	52
D. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände im Spannungsverhältnis nationaler und internationaler Rechnungslegungssysteme	56
§ 2: Fokus: Junge Technologieunternehmen	58
A. Definition eines «jungen Technologieunternehmens»	58
I. Definitionsmerkmal «jung»	59
II. Definitionsmerkmal «Technologieunternehmen»	59
B. Die strukturellen Besonderheiten junger Technologieunternehmen	60
	13

I.	Technologie als Markteintrittsbarriere	60
II.	Entwicklung neuer Technologien als Geschäftsmodell junger Unternehmen	61
C.	Die typische bilanzielle Situation junger Technologieunternehmen	64
I.	Gesellschafterkreis und Kapitalausstattung	64
II.	Forschungsaufwendungen und cash flow	66
III.	Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände als Werttreiber	68
IV.	Ungeeignetheit der Bilanzierungsbefreiung	69
V.	Fokussierung auf Kapitalgesellschaften	72
VI.	Abgrenzung zu betriebswirtschaftlichen Bilanzierungskonzeptionen	73
D.	Zusammenfassung des Untersuchungsfokusses	74
§ 3:	Definition selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände	75
A.	Bedeutung des Begriffs des Vermögensgegenstands	75
B.	Definition eines Vermögensgegenstands	76
I.	Gesetzliche Grundlagen	76
II.	Entwicklung von Abgrenzungskriterien aus dem Schuldendeckungspotenzial	77
III.	Die Kriterien im Einzelnen	81
1.	Zum Begriff des Gegenstands: Vom Gut zum Vermögensgegenstand	81
a)	Körperliche Sachen und immaterielle Güter als Gegenstände	81
b)	Der Gegenstand als Vermögensbestandteil	85
2.	Selbstständige Bewertbarkeit (Objektivierbarkeit)	85
a)	Selbstständige Bewertbarkeit als Ausgangspunkt	86
b)	Merkmale der selbstständigen Bewertbarkeit	87
(1)	«Greifbarkeit» als Bestandteil der selbstständigen Bewertbarkeit	88
(2)	Beilegbarer Wert als Merkmal der selbstständigen Bewertbarkeit	88
c)	Selbstständige Bewertbarkeit als nicht hinreichendes Kriterium	89
3.	Selbstständige Verkehrsfähigkeit (Einzelverwertbarkeit)	91
a)	Die vertretenen Aktivierungskonzeptionen	91
b)	Diskussion und Entscheidung	93
4.	Bilanzierbarkeit	96
5.	Entgeltlichkeit	97

IV. Zwischenergebnis: Definition des Begriffs Vermögensgegenstand	98
C. Definition eines immateriellen Vermögensgegenstands	98
I. Gesetzliche Grundlagen	98
II. Abgrenzung zur allgemeinen Definition des Vermögensgegenstands	99
1. Wortsinn: Unkörperlichkeit	99
2. Sinn und Zweck: Berücksichtigung des Unsicherheitsfaktors	100
3. Abgrenzung bei Verbindung mit einem materiellen Vermögensgegenstand	100
4. Exkurs: Bilanzielle Behandlung des Geschäfts- oder Firmenwerts	103
a) Der Geschäfts- oder Firmenwert als Vermögensgegenstand	103
b) Beschränkung des Untersuchungsgegenstands	104
c) Abgrenzung zu immateriellen Einzelvermögensgegenständen	104
III. Abgrenzung zum Begriff des Vermögenswerts / «asset» (IFRS)	105
IV. Der Begriff des Wirtschaftsguts im Steuerrecht und die Konsequenzen für die Reichweite der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	105
V. Zwischenergebnis: Definition des immateriellen Vermögensgegenstands	106
D. Arten selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände	106
I. Bilanztechnische Untergliederung nach § 266 Abs. 2 A. I. HGB	107
II. Inhaltliche Kategorisierung	108
1. Rechte	109
a) Gewerbliche Schutzrechte	110
b) Ähnliche Rechte	111
2. (Ähnliche) wirtschaftliche Werte	112
3. Rein wirtschaftliche Vorteile ohne Vermögensgegenstandsqualität	113
E. Zwischenergebnis: Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände	113
§ 4: Rechtslage vor der Reform durch das BilMoG	114
A. Grundsatz der Bilanzierung nach HGB vor der Reform durch das BilMoG	114
I. Bilanzielle Behandlung im Überblick	114
1. Aktivierungsverbot	114
2. Ansatzgebot entgeltlich erworbener immaterieller Vermögensgegenstände	115

3.	Die Bilanzierung immaterieller Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	117
II.	Historischer Hintergrund	117
1.	Von der Totalbilanz zum rechtsverbindlichen Jahresabschluss	118
2.	Hintergrund der bisherigen Regelung des HGB 1985 (BiRiLiG)	119
3.	Die Entwicklungsschritte bis zum HGB 1985 (BiRiLiG)	120
a)	Die kaufmännische Übung nach den GoB	120
b)	Die Entwicklung der Bilanzierungsvorschriften im Handelsrecht	121
(1)	Vor 1897: Ursprünge der Behandlung immaterieller Vermögensgegenstände	122
(2)	Das Handelsgesetzbuch von 1897	123
(3)	Zwischenergebnis	124
c)	Die Entwicklung der Bilanzierungsvorschriften im Aktienrecht	125
(1)	Die Anfänge aktienrechtlicher Kodifikation	125
(2)	Aktienrechtliche Bilanzierungsvorschriften im ADHGB	126
(3)	Die Aktienrechtsnovellen von 1870 und 1884	126
(4)	Aktienrechtsverordnung 1931	128
(5)	Immaterielle Vermögensgegenstände im Aktiengesetz 1937	129
(6)	Immaterielle Vermögensgegenstände in der Nachkriegszeit	130
(7)	Immaterielle Vermögensgegenstände im Aktiengesetz 1965	130
(8)	Historische Entwicklung des Bilanzrechts	131
d)	Zusammenführung der Entwicklungslinien im HGB 1985 (BiRiLiG)	132
e)	Die wissenschaftliche Diskussion und der Wandel der Abgrenzungsebenen	134
4.	Bewertung: Der Gesetzestext im Lichte der wissenschaftlichen Diskussion	139
III.	Zwecke, Funktion und Adressaten des Bilanzrechts	141
1.	Die Entwicklung der Bilanzierungszwecke	142
2.	Aufgaben und Zwecke der heutigen Rechnungslegung nach HGB	144
IV.	Internationale Bezüge	146
1.	Europarechtliche Grundlagen	146
a)	Die europäischen Bilanzrichtlinien	147
b)	IFRS als Bestandteil europäischen Rechts	148
c)	Europarecht als Auslegungsgrundlage	149
2.	Die Reform im Kontext internationaler Rechnungslegung	150

a)	Überblick über die Rechnungslegung nach IFRS	151
(1)	Grundkonzeption, Normhierarchie und Standardsetzung	151
(2)	Die für den Untersuchungsgegenstand relevanten Standards	152
(3)	Zielsetzung: Information der Anleger	153
b)	Bedeutung der IFRS als Impulsgeber nationaler Rechnungslegung	155
(1)	Verbreitung und Akzeptanz der Rechnungslegung nach IFRS	155
(2)	Einfluss der IFRS auf die Rechnungslegung nach HGB	156
(a)	IFRS als gesetzliche Pflicht im Rahmen der Rechnungslegung nach HGB	157
(b)	IFRS als richtlinienkonforme Auslegungshilfe des HGB	157
(c)	Die Heranziehung der IFRS als gesetzliche Auslegungshilfe des HGB	159
(d)	Die IFRS als Teil der handelsrechtlichen GoB	161
(e)	Faktische Annäherung an die IFRS	162
(3)	Zwischenergebnis: IFRS sind für HGB-Normen keine Auslegungshilfe	163
c)	Bilanzierung selbst geschaffener immaterieller Vermögenswerte nach IAS 38	163
(1)	Definition immaterieller Vermögenswerte	163
(2)	Ansatz und Bewertung	165
3.	Zwischenergebnis: Eigenständige Beurteilung trotz internationaler Bezüge	165
B.	Gestaltungsmöglichkeiten zur Nutzbarmachung des Potenzials selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände	166
I.	Verlagerung der Entwicklungstätigkeit in Tochtergesellschaften	166
II.	Qualifizierung als Umlaufvermögen	167
III.	Das Inventar als Informationsquelle	168
IV.	Aktivierung als Bilanzierungshilfe gemäß § 269 HGB a.F.	168
1.	Konzeption	168
2.	Definition von Ingangsetzungs- und Erweiterungsaufwendungen	170
3.	Entwicklungskosten als Ingangsetzungs- und Erweiterungsaufwendungen	171
4.	Zwischenergebnis: Praxisrelevanz der Bilanzierungshilfe	173
V.	Gestaltungen mit Leasingvereinbarungen	175
VI.	Aktivierung als transitorische Rechnungsabgrenzungsposten	176

VII. Bilanzierung nach IFRS im Hinblick auf die Unternehmensfinanzierung	177
VIII. Zwischenergebnis: Alternative Gestaltungsoptionen	178
Zweiter Teil: Die Neuregelung	179
§ 1: Die Reform durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)	179
A. Überblick über die Änderungen mit Bezug zum Untersuchungsgegenstand	180
I. Ansatzwahlrecht	180
II. Bewertungsmaßstäbe	180
III. Ausschüttungs- und Abführungssperre	181
IV. Anhangsangaben	181
V. Steuerrecht	181
B. Ziele der Reform	181
I. Modernisierung des deutschen Bilanzrechts	182
II. Anhebung des Informationsniveaus durch Stärkung der Informationsfunktion	183
III. Verbesserte Rahmenbedingungen für junge Technologieunternehmen	184
C. Reformbestrebungen und Gesetzgebungsverfahren	186
I. Der Anlass für die Reformbemühungen	186
II. Die Schritte im Gesetzgebungsverfahren	187
III. Europarechtlicher Rahmen	188
§ 2: Bilanzierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände nach HGB (BilMoG)	190
A. Zugangsbewertung	190
I. Erste Stufe: Die Bilanzierung dem Grunde nach (Aktivierbarkeit)	190
1. Abstrakte Aktivierbarkeit	191
a) Vorliegen eines selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenstands	191
(1) Weitergeltung der Definition eines immateriellen Vermögensgegenstands	191

(2) Auslegung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung	193
(3) Rechtsvergleichender Ansatz: Unterschiede zum Vermögenswert	194
(a) Die Vermögenswertdefinition als Impulsgeber	195
(b) Erfordernis der Erfüllung der Kriterien nach IFRS	196
(4) Aktivierung künftiger Vermögensgegenstände	196
(a) Spätester Aktivierungszeitpunkt: mit Fertigstellung	197
(b) Frühe Aktivierung als «künftiger Vermögensgegenstand»	198
(c) Die Aktivierung bei Vorliegen eines Vermögensgegenstands	200
(d) Die Lösungsversuche der Literatur	200
(i) § 255 Abs. 2a HGB (BilMoG) als Aktivierungsvorschrift	202
(ii) Projektbezogene Aktivierungskriterien	202
(iii) Bezugnahme auf die Kriterien des IAS 38.57	203
(iv) Hinwendung zum späteren Aktivierungszeitpunkt	204
(e) Lösungsweg: Die Unterscheidung von Ansatz und Bewertung	205
(f) Lösungsvorschlag: Das Projekt als Vermögensgegenstand	206
(g) Das angebliche Kriterium der «hohen Entstehungswahrscheinlichkeit»	209
(i) Die Parallele zu «Anlagen im Bau»	211
(ii) Anforderungen an die Erfolgswahrscheinlichkeit	213
(iii) Die Unbeachtlichkeit des Erfolgswahrscheinlichkeitskriteriums	213
(h) Zwischenergebnis: Phasen auf dem Weg zur Aktivierbarkeit	214
b) Zurechenbarkeit zum Betriebsvermögen	216
(1) Die Änderung der Zuordnungsvorschrift in § 246 Abs. 1 HGB	216
(2) Praktische Relevanz	218
2. Konkrete Aktivierungsfähigkeit	219
a) Vom Ansatzgebot zum Ansatzwahlrecht	219
(1) Entwicklung im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens	219
(2) Der Charakter als Nicht-Aktivierungswahlrecht	220

(3) Einschränkung zulässiger Wahlrechtsausübung aus dem Einblicksgebot	221
(a) § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB als Generalnorm	222
(b) Keine Begrenzung des Aktivierungswahlrechts im Untersuchungsfall	223
(4) Rechtsfolgen aus dem Gebot der Ansatzstetigkeit	224
(5) Gesellschaftsrechtliche Einschränkungen	225
(6) Praktische Relevanz eines Aktivierungswahlrechts	226
b) Das Aktivierungsverbot nach § 248 Abs. 2 Satz 2 HGB (BilMoG)	227
c) Aktivierungspflicht von Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens	230
d) Die Abgrenzung von Forschungs- und Entwicklungskosten als Frage der konkreten Bilanzierungsfähigkeit?	230
(1) Wortlaut	231
(2) Systematische Stellung	231
(3) Motive des Gesetzgebers	231
(4) Teleologische Auslegung: Bewertungsunsicherheiten als Begründungsansatz	232
(5) Diskussion und Entscheidung	234
(a) Der Widerspruch in der «Aktivierung von Kosten»	235
(b) Rechtsvergleichender Ansatz: Verortung in den IFRS	236
(c) Parallele zu § 255 Abs. 2 Satz 4 HGB (BilMoG)	237
(d) Konstruktive Friktionen bei Beurteilung als Aktivierungsverbot	237
(e) Entscheidung	239
(6) Zwischenergebnis: Konsequenzen in der Anwendung	241
3. Beginn der Bilanzierung (Aktivierungszeitpunkt)	242
a) Frühester Zeitpunkt bei Vorliegen der Vermögensgegenstandseigenschaft	242
b) Aktivierung zum Abschlussstichtag	242
c) Aktivierung in Folgejahren	243
II. Zweite Stufe: Bilanzierung der Höhe nach (Bewertung)	243
1. Vorzugswürdigkeit des Herstellungskostenprinzips	244
2. Grundsatz: Vollkostenansatz	246
3. Einbeziehungsverbote	246
4. Unterscheidung von Forschungs- und Entwicklungskosten	247
a) Forschung und die Nicht-Einbeziehung von Forschungskosten	248



b)	Entwicklung und die Einbeziehung von Entwicklungskosten	249
(1)	Nachträgliche Herstellungskosten bei bestehenden Produkten	249
(2)	Weitere Entwicklungskosten erworbener Forschungsprojekte	251
(3)	Nachträgliche Herstellungskosten bei Entwicklungsprojekten	251
c)	Abgrenzung von Forschungs- und Entwicklungskosten	252
(1)	Der Zeitpunkt des Übergangs von Forschung zu Entwicklung	253
(a)	Sequenzielle und alternierende Forschungs- und Entwicklungsphasen	253
(b)	Die verlässliche Zuordnung bei iterativen Prozessen	254
(2)	Abgrenzungskriterien	254
(a)	Abgrenzung aus dem Sprachgebrauch	254
(b)	Grundlagenforschung als sicher der Forschung zuzuordnender Bereich	255
(c)	Die Abgrenzung nach der Gesetzesbegründung	256
(d)	Rechtsvergleichender Ansatz: Die Abgrenzung nach IAS 38	257
(e)	«Singularnutzen» als sicher der Entwicklung zuzuordnender Bereich	257
(3)	Beurteilung der Abgrenzungskriterien	258
5.	Zufallserfindungen, die ohne Aufwand erworben werden	260
6.	Zuordnung von Kosten vor Aktivierungsbeginn	261
a)	Aktivierung im Geschäftsjahr des Entstehens eines Vermögensgegenstands	261
b)	Aktivierung in Geschäftsjahren nach Entstehen eines Vermögensgegenstands	261
c)	Entwicklungskosten vor Entstehen eines Vermögensgegenstands	264
7.	Zwischenergebnis: Bewertung immaterieller Vermögensgegenstände	265
III.	Umlaufvermögen	266
B.	Folgebewertung (Abschreibung)	266
I.	Grundsatz: Bewertung mit fortgeführten Herstellungskosten	267
1.	Zeitpunkt des Übergangs zur Folgebewertung	267
2.	Feststellung der Nutzungsdauer	269
a)	Begrenzte Nutzungsdauer	269
b)	Feststellung der Nutzungsdauer	269
c)	Behandlung bei nicht bestimmbarer Nutzungsdauer	271

3.	Abschreibungsmethode	272
II.	Außerplanmäßige Abschreibung	272
1.	Feststellung des Wertminderungsfalles	273
2.	Bestimmung des beizulegenden niedrigeren Wertes	274
3.	Außerplanmäßige Abschreibung aktivierter Entwicklungskosten	274
4.	Wertaufholung (Zuschreibung)	275
III.	Folgebewertung des Umlaufvermögens	275
C.	Auswirkung auf die Bilanz- und Kapitalstruktur	275
I.	Bilanzieller Ausweis	275
1.	Ausweis fertiger Vermögensgegenstände (Produkte)	276
2.	Der Ausweis von Entwicklungsprojekten	276
3.	Ausweis im Anlagengitter/Anlagenspiegel	277
4.	Ausweis in der GuV-Rechnung	277
II.	Kompensationsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Gläubigerschutzes	278
1.	Die wirtschaftliche Relevanz von Ausschüttungen	279
2.	Rechtfertigung einer Ausschüttungssperre	280
3.	Ausschüttungssperre, § 268 Abs. 8 HGB (BilMoG)	281
a)	Anwendungsbereich	281
(1)	Sachlicher Anwendungsbereich	281
(2)	Beschränkung auf Kapitalgesellschaften	282
(3)	Abführungssperre im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen	285
(4)	Abführungssperre bei eingegliederten Gesellschaften	285
b)	Funktionsweise der Ausschüttungssperre	286
c)	Bildung und Auflösung von Rücklagen unter Einfluss der Ausschüttungssperre	287
d)	Mögliche Umgehung durch Aktienrückkaufprogramme	288
(1)	Begrenzung durch hypothetischen Rücklagentest	288
(2)	Einbeziehung ausschüttungsgesperrter Rücklagen	288
(3)	Umgehungsproblematik in Folgezeiträumen	289
(4)	Praxisrelevanz für junge Technologieunternehmen	290
(5)	Zwischenergebnis: Eingeschränkter Gläubigerschutz	290
4.	Gesperrte Beträge in Folgezeiträumen	291
a)	Keine nur einjährige Ausschüttungssperre	291
b)	Kongruente Abschreibung	291
c)	Gesamt- oder Einzelbetrachtung bei mehreren Ausgangssachverhalten	292
5.	Folgewirkungen außerhalb des Anwendungsbereichs der Ausschüttungssperre	294
a)	Einzelkaufleute und Personengesellschaften	294

b) Die Haftung des Kommanditisten (Entnahmesperre)	294
c) Rückwirkungen auf den Jahresabschluss	295
d) Auswirkungen auf gewinnabhängige Ansprüche Dritter	295
6. Bewertung: Eingeschränkte Zweckmäßigkeit der Ausschüttungssperre	296
D. Berichtspflichten	297
I. Forschungs- und Entwicklungskosten	297
II. Ausschüttungssperre	298
III. Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften	300
E. Intertemporärer Anwendungsbereich	300
F. Steuerbilanzielle Auswirkungen	301
I. Steuerbilanz	301
II. Steuerbilanzielle Auswirkungen in der Handelsbilanz	302
1. Wegfall der umgekehrten Maßgeblichkeit	302
2. Bildung latenter Steuerrückstellungen	302
G. Erforderliche Umsetzungsmaßnahmen im Vorfeld der Aktivierung	303
H. Zwischenergebnis: Unsicherheiten und Gestaltungsspielräume bei der neuen Aktivierungsmöglichkeit	304
Dritter Teil: Analyse eines weitergehenden Reformbedarfs	305
§ 1: Der fokussierte Blickwinkel der Analyse	305
§ 2: Analyse des Zielerreichungsgrads	306
A. Ziel der Verbesserung der Informationsfunktion	306
I. Der Informationsnutzen	307
1. Informationsmenge (Relevanz / Wesentlichkeit)	307
2. Die Qualität von Information (Zuverlässigkeit)	309
a) Kriterien zur Feststellung der Qualität von Informationen	309
b) Verlässlichkeit (reliability) als Grundbedingung	309
3. Zwischenergebnis: Nutzen durch relevante und verlässliche Information	310
II. Bestandsaufnahme und Zielerreichungsgrad	311
1. Die Adressaten der Informationen im Jahresabschluss und ihre Interessen	312

a)	Informationsadressaten innerhalb des Unternehmens	313
(1)	Die Unternehmensleitung als Informationsadressat	313
(2)	Die Überwachungsorgane als Informationsadressat	314
(3)	Arbeitnehmervertreter als Informationsadressaten	315
b)	Bestehende und potenzielle Anteilseigner als Informationsadressaten	316
(1)	Exkurs: Information des anonymen Anlegers	317
(2)	Information von Anlegern im Untersuchungsfokus	320
c)	Gläubiger als Informationsadressaten	324
(1)	Kreditinstitute als Informationsadressat	324
(2)	Der Fiskus als Informationsadressat	331
(3)	Vertragspartner als Informationsadressaten	331
(4)	Deliktsgläubiger	333
d)	Die Öffentlichkeit als Informationsadressat	333
e)	Interessengegensätze und ihre Rangordnung	334
2.	Änderung des Informationsniveaus durch die Aktivierungsmöglichkeit	336
a)	Verlässlichkeit als Grundbedingung der Ausrichtung am Gläubigerschutz	336
b)	Die Fehlvorstellung einer IFRS-ähnlichen Informationsfunktion	338
c)	Die Fehlvorstellung eines Informationsnutzens ohne Verlässlichkeit	339
d)	Nachteile unzuverlässiger Information	339
e)	Die Gefahr der Überdeckung der übrigen Informationen	340
f)	Die Gefahr der Information des Konkurrenten	341
g)	Der eingeschränkte Informationsnutzen der Herstellungskosten	342
h)	Die psychologische Falle der Wahlrechtsausübung	344
i)	Relativierung der Informationsfunktion durch Größenklassenerleichterungen	345
3.	Zwischenergebnis: Keine Erhöhung des Informationsniveaus	347
III.	Reformbedarf: Systemkongruente Fokussierung des Informationsgehalts	350
B.	Ziel der Modernisierung des Bilanzrechts	351
I.	Ziel einer vollwertigen Alternative zu IFRS	351
1.	Die Vollwertigkeit bei Heranziehung der IFRS-SME als Ausgangsbasis	352
a)	Grundlage der «IFRS for SMEs», Funktion und Zweck	352
b)	Die Behandlung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände	354
c)	Rückschlüsse für die Zielanalyse	354

2.	Die «full IFRS» als Vergleichsbasis	355
3.	Die Vollwertigkeit im Vergleich zu den «full IFRS»	355
a)	Der Fehlschluss von der Verbreitung zur Qualität der Normen	356
b)	Entscheidungsnützlichkeit	357
c)	Weitere Nutzenfunktionen	358
4.	Bewertung: Vollwertige Übernahme der Unzulänglichkeiten	358
II.	Ziel einer kostengünstigeren und einfacheren Alternative zu IFRS	359
1.	Komplexitätsbegründete Fehlerquellen	359
2.	Relative Kosten- und Komplexitätsvorteile	361
3.	Aufwand durch Aufgabe der Einheitsbilanz	363
4.	Bewertung: Keine kostengünstigere und einfachere Alternative	363
III.	Ziel der Verbesserung der Vergleichbarkeit national und international	364
1.	Bezugsebenen des Vergleichbarkeits-Kriteriums	365
a)	Periodenübergreifende Vergleichbarkeit	365
b)	Die (nationale) Vergleichbarkeit zwischen Unternehmen	367
c)	Internationale Vergleichbarkeit mit der Bilanzierung nach IFRS	367
2.	Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch die Ausgestaltung als Wahlrecht	369
3.	Bewertung: Verringerung der Vergleichbarkeit durch Wahlrechte	371
IV.	Die Wirkung der Modernisierungsanstrengungen	373
1.	Verfehlung des Ziels einer international akzeptierten Alternative	373
a)	Fehlleitende Angleichungsanstrengungen	373
b)	Die Fehlvorstellung des IAS 38 als internationaler Marktstandard	374
2.	Beeinträchtigung der handelsbilanziellen Eckpfeiler	376
V.	Zwischenergebnis: Keine Wettbewerbsvorteile durch «Modernisierung»	377
C.	Verbesserung der Rahmenbedingungen für junge Technologieunternehmen	378
I.	Stärkung des Eigenkapitals	378
II.	Verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten junger Technologieunternehmen	380
1.	Die Bilanz als Grundlage für Investitionsentscheidungen	381
a)	Aussagekraft der Bilanz	381
b)	Rechtsvergleichender Ansatz: Die Erkenntnis des IASB	382

c) Die Bilanz als Informationsgrundlage für Investitionsentscheidungen	383
2. Nachteile durch die Abschaffung der Bilanzierungshilfe nach § 269 HGB	384
a) Parallelitäten im Anwendungsbereich	385
b) Bewertung: Verfehlte Reformbemühungen	386
III. Zwischenergebnis: Kein verbesserter Finanzierungszugang	387
D. Fazit: Kritik der Neuregelung	388
Vierter Teil: Bewertung und Fortentwicklungsmöglichkeiten	392
§ 1: Ursachen der Zielverfehlung	392
A. Die Entobjektivierung der Rechnungslegung	393
B. Das Spannungsverhältnis zwischen Gläubigerschutz und Anlegerinformation	393
C. Die Orientierung am Mittel statt am Zweck	394
D. Das Misstrauen der Informationsadressaten in die Bilanzansätze	395
E. Umgehungsmöglichkeiten im Umlaufvermögen	395
§ 2: Lösungsmöglichkeiten aus Sicht des Gesetzgebers	396
A. Leitlinien für die Normentwicklung moderner Rechnungslegung	396
B. Rechnungslegung im Spannungsfeld von Gläubigerschutz und Anlegerinformation	399
I. Ausschüttungsbemessung versus Informationsniveau	400
1. Ausschüttungsbemessung und das Konzept der Kapitalerhaltung	400
2. Die zwei Dimensionen von Information	402
a) Gläubigerinformation versus Anlegerinformation	402
b) Der Konzeptionskonflikt als Zielgruppenkonflikt	403
3. Systemkonforme Ausrichtung an anlegerorientierter Information	404
a) Abkopplungsthese versus True-and-fair-view	405
b) Verlässlichkeit durch Objektivierung und Vergangenheitsbezug	407

II.	Weiterentwicklung von Rechnungslegungsinstrumenten	408
III.	Zwischenergebnis: Forderung nach Systemkonformität	409
C.	Ergänzende Informationsinstrumente zur Zielerreichung	409
I.	Direkte Förderung	410
II.	Alternative Berichterstattung	410
	1. Grundsatz	411
	2. Der Jahresabschluss als bedingt geeignete Informationsquelle	412
	3. Einteilung der Gestaltungsoptionen	414
	a) Verpflichtend/öffentlich, mit vorgegebener Form und vorgegebenem Inhalt	414
	b) Verpflichtend/öffentlich, ohne Vorgabe hinsichtlich Form und Inhalt	414
	c) Freiwillig/privatautonom, mit vorgegebener Form und vorgegebenem Inhalt	415
	d) Freiwillig/privatautonom, ohne Vorgabe hinsichtlich Form und Inhalt	415
	4. Konkretisierung der Gestaltungsoptionen	415
	a) Spezielle Bilanzierungsvorschriften (Variante I)	416
	(1) Der Konzernabschluss als Quelle der Anlegerinformation	416
	(2) Der Anhang als Informationsinstrument	417
	(3) Die Darstellung im Inventar als Informationsquelle	417
	(4) Die Bilanzierungshilfe als alternative Gestaltungsmöglichkeit	418
	b) Berichterstattung auf Grundlage des § 264 Abs. 2 Satz 2 HGB (Variante II)	418
	(1) Anhangsangaben	419
	(2) Der Lagebericht	420
	(3) Gewinn- und Verlustrechnung	421
	c) Freiwillige Berichterstattung in verbindlicher Form (Variante III)	421
	d) Privatautonome Vereinbarungen (Variante IV)	423
	(1) Information im Rahmen der Due Diligence	423
	(2) Information durch einen Vendors Due Diligence-Bericht	423
	(3) Value Reporting	424
	(4) Covenants – die amerikanische Lösung	424
	5. Bewertung der Möglichkeiten und Geeignetheit alternativer Berichterstattung	426

D.	Analoge Anwendung für selbst geschaffenes immaterielles Umlaufvermögen	429
I.	Historische Entwicklung	431
II.	Analogie	432
III.	Erfordernis gesetzgeberischer Gestaltung	433
E.	Plädoyer für eine verlässliche Rechnungslegung nach HGB	434
§ 3:	Die Regelung aus der Sicht junger Technologieunternehmen	436
A.	Vorteile der Neuregelung	436
B.	Nachteile der Neuregelung	437
C.	Ziele anders erreichbar	438
I.	Generelle Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals	438
1.	Eigenkapitalorientierte Maßnahmen	439
2.	Fremd- und mezzaninkapitalorientierte Maßnahmen	440
3.	Bilanzpolitische Maßnahmen	440
II.	Unternehmensfinanzierung	441
1.	Fremdkapital	442
2.	Eigen- und Mezzaninkapital	443
III.	Qualifizierung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeit als Umlaufvermögen	445
1.	Die vorteilhafte Behandlung von Umlaufvermögen	446
2.	Praxisrelevanz: Geschäftsmodelle junger Technologieunternehmen	446
D.	Empfehlung für junge Technologieunternehmen aus der Sicht der Praxis	448
§ 4:	Die aktuelle Entwicklung des Handelsbilanzrechts	451
A.	Die EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU	451
B.	Die Diskussionen des DRSC	452
C.	Der Referentenentwurf eines Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG-RefE)	454
D.	Forderung nach einer Weiterentwicklung des Untersuchungsgegenstands	455



Fünfter Teil: Ergebnisse	456
§ 1: Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelung	456
A. Rückkehr zum Aktivierungsverbot	456
B. Erstreckung auch auf das Umlaufvermögen	456
C. Formulierungsvorschlag	456
§ 2: Handlungsempfehlung für junge Technologieunternehmen	457
A. Verzicht auf die Aktivierungsmöglichkeit	457
B. Freiwillige Information	457
C. Transparente Kommunikation	457
§ 3: Zusammenfassende Thesen im Einzelnen	458
§ 4: Schlussbetrachtung	467
HGB/HGB (BilMoG) – Synopse	468
Literaturverzeichnis	471
Stichwortverzeichnis	523